

7 EWW Energie und Wasserversorgung GmbH



Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

a) Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

b) Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Ziel der Beteiligung an dem Unternehmen

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2022 zu entnehmen.

c) Gesellschafterstruktur

Gesellschafter	Anteil [T€]	Anteil [%]
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	105,300	0,58
Innogy SE	9.750,450	53,72
Stadt Stolberg	2.591,650	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,150	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,300	9,25
Kreis Heinsberg	687,950	3,79
Stadt Alsdorf	395,750	2,18
Stadt Würselen	358,350	1,97
Stadt Baesweiler	181,550	1,00
Gemeinde Roetgen	1,050	0,01
Gemeinde Simmerath	1,050	0,01
Stadt Monschau	1,050	0,01
Stadt Heinsberg	0,550	0,00
Gemeinde Aldenhoven	0,550	0,00

Gemeinde Inden	0,550	0,00
Gemeinde Langerwehe	0,550	0,00
Stadt Linnich	0,550	0,00
Gemeinde Niederzier	0,550	0,00
Stadt Geilenkirchen	0,550	0,00
Stammkapital	18.151,450	100

d) Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.464.422,84 €	1.946.138,22 €	2.093.939,32 €	147.801,10 €	7,59%
II. Sachanlagen	14.390.146,09 €	13.626.722,08 €	14.619.598,06 €	992.875,98 €	7,29%
III. Finanzanlagen	138.963.945,36 €	154.049.157,84 €	138.100.203,97 €	-15.948.953,87 €	-10,35%
B. Umlaufvermögen				0	
I. Vorräte	5.651,68 €	6.942.044,09 €	6.690.142,86 €	-251.901,23 €	-3,63%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	38.483.450,21 €	54.879.710,80 €	49.515.185,72 €	-5.364.525,08 €	-9,78%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand	15.703.131,84 €	9.281.078,79 €	30.832.963,65 €	21.551.884,86 €	232,21%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.308.310,95 €	1.295.808,13 €	1.389.419,76 €	93.611,63 €	7,22%
Summe Aktiva	210.319.058,97 €	242.020.659,95 €	243.241.453,34 €	1.220.793,39 €	0,50%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	0,00%
III. Andere Gewinnrücklagen	13.592.000,00 €	15.479.000,00 €	16.974.000,00 €	1.495.000,00 €	9,66%
IV. Gewinnvortrag	16.287,48 €	17.090,31 €	17.292,24 €	201,93 €	1,18%
V. Jahresüberschuss	18.387.802,83 €	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	5.525.494,93 €	29,09%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	66.929.888,00 €	80.978.611,53 €	99.153.834,46 €	18.175.222,93 €	22,44%
D. Verbindlichkeiten	85.366.388,93 €	84.855.721,77 €	76.174.667,03 €	-8.681.054,74 €	-10,23%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	830.117,79 €	925.600,17 €	1.204.388,81 €	278.788,64 €	30,12%
Summe Passiva	210.319.058,97 €	226.447.799,65 €	243.241.453,34 €	16.793.653,69 €	7,42%

e) **Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2020	2021	2022	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	251.815.015,09 €	276.935.710,30 €	322.574.562,18 €	45.638.851,88 €	16,48%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-45.350,43 €	-5.651,68 €	0,00 €	5.651,68 €	-100,00%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
4. sonstige betriebliche Erträge	2.208.559,03 €	4.518.472,55 €	2.088.591,89 €	-2.429.880,66 €	-53,78%
5. Materialaufwand	190.784.820,52 €	219.940.208,59 €	250.356.312,98 €	30.416.104,39 €	13,83%
6. Personalaufwand	23.419.169,56 €	22.757.626,40 €	28.174.698,44 €	5.417.072,04 €	23,80%
7. Abschreibungen	2.727.443,35 €	3.036.897,01 €	2.744.009,40 €	-292.887,61 €	-9,64%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	24.186.662,42 €	25.829.250,00 €	25.515.816,55 €	-313.433,45 €	-1,21%
Betriebsergebnis	12.860.127,84 €	9.884.549,17 €	17.872.316,70 €	7.987.767,53 €	80,81%
10. Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
11. Erträge aus Beteiligungen	13.754.832,67 €	15.331.692,28 €	15.382.055,12 €	50.362,84 €	0,33%
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	17.264,44 €	16.721,19 €	41.456,03 €	24.734,84 €	147,93%
13. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	123.758,43 €	150.467,15 €	150.923,25 €	456,10 €	0,30%
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
15. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.498.537,59 €	4.573.774,45 €	2.039.990,30 €	-2.533.784,15 €	-55,40%
16. Aufwand aus Verlustübernahme	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Finanzergebnis	9.397.317,95 €	10.925.106,17 €	13.534.444,10 €	2.609.337,93 €	23,88%
				0,00 €	0,00%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	22.257.445,79 €	20.809.655,34 €	31.406.760,80 €	10.597.105,46 €	50,92%
17. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.611.133,30 €	1.510.998,67 €	6.649.872,58 €	5.138.873,91 €	340,10%
19. sonstige Steuern	258.509,66 €	303.454,74 €	236.191,36 €	-67.263,38 €	-22,17%
Jahresergebnis	18.387.802,83 €	18.995.201,93 €	24.520.696,86 €	5.525.494,93 €	29,09%

f) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Unternehmensgegenstand

Die „EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH“ (im Folgenden EWV) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt rund 160.000 Privathaushalte und Unternehmen in der Städte-Region Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Energiedienstleistungen.

1.2. Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWV

Die EWV steht u.a. als Grundversorger für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. Als regionaler Energieversorger in der StädteRegion Aachen und in den Kreisen Düren und Heinsberg kennt die EWV die Bedürfnisse ihrer Kunden. Das Versorgungsangebot für Privatkunden, Industrie, Gewerbe, Handel und Kommune geht weit über die Belieferung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme hinaus, denn auch im Dienstleistungsbereich ist die EWV breit aufgestellt.

Den Transport der Energie im Rahmen der modernen und verlässlichen Energieversorgung sichert die Regionetz GmbH mit ihren circa 550 Mitarbeitern. Sie kümmert sich um die Betreuung und den Ausbau der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze und ist der größte Netzbetreiber in der Region. Die EWV ist zu 49,2 % an der Regionetz beteiligt und für die kaufmännische Betriebsführung zuständig. Aus dieser Beteiligung erzielt die EWV Erträge über den Ergebnisabführungsvertrag im Wege einer Ausgleichszahlung sowie über die Erbringung der kaufmännischen Dienstleistungen.

Die EWV ist ein wichtiger Partner für die Grundversorgung in der Region, sowohl in Form von Beteiligungen und Betriebsführungen. Neben den Sparten Strom und Gas ist sie somit auch im Wasser- und Wärmegeschäft umfangreich tätig. Daneben baut die EWV konsequent ihr Portfolio entlang der Wertschöpfungsstufen hin zur Stromerzeugung aus. Dieser Ausbau erfolgt aber ausschließlich in Anlagen bzw. Gesellschaften im Rahmen von Erneuerbaren Energien.

Auch beim Thema Beleuchtung setzen die Kommunen in der Region ihr Vertrauen in die EWV. In Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWV betrieben.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Das Weltwirtschaftswachstum entwickelte sich vor dem Hintergrund der angespannten Lage im vergangenen Jahr nur langsam. Das Bruttoinlandsprodukt ist gemäß OECD mit 3,1 Prozent nur etwa halb so stark gewachsen wie im Jahr 2021.

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig. Zwar wird ein BIP-Wachstum für 2022 von 3,3 Prozent prognostiziert. Doch die Aussichten für 2023 sind mit einem erwarteten Plus von 0,3 Prozent deutlich schwächer und die Inflation mit 7,0 Prozent höher als in der Zwischenvorhersage der Europäischen Kommission vom Sommer 2022. Wegen der über das Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte an hob und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ, folgten Ende Oktober und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Kurzfristig dürfte die nunmehr vollzogene Zinswende, die bereits auf breiter Front zu einem Anstieg der Zinssätze bei Banken geführt hat, das Wirtschaftswachstum in Europa weiter dämpfen.

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaft im Euroraum sind zudem die RusslandSanktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat.

Die Konjunkturprognosen für Deutschland 2022 zeichneten im Herbst 2021 für das Berichtsjahr ein zunächst optimistisches, aber auch vielschichtiges Gesamtbild. Aus Sicht des ifo Instituts sollte zwar das Bruttoinlandsprodukt deutlich um 5,1% steigen, dass damit einhergehende Wirtschaftswachstum aufgrund der Corona-Pandemie jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen begünstigen.

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar hat die Wachstumshoffnungen zunichte gemacht. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unmittelbar nach dem russischen Angriff von einer Zeitenwende. Die in diesem Zuge ebenfalls angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor.

Im März rief Bundeswirtschaftsminister Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. Euro. Nachdem die Bundesregierung bereits im April die Gazprom Germania (heute: SEFE) zunächst unter Treuhänderschaft gestellt hatte, übernahm sie als weitere Maßnahme zur Sicherung der Energieversorgung Ende September den größten deutschen Gasimporteure Uniper. Damit endeten Überlegungen der Bundesregierung, eine Gasumlage zur Unterstützung exponierter Unternehmen einzuführen. Im November wurde dann auch SEFE verstaatlicht. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder vollständig gefüllt sind. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung.

Trotz aller stützenden Maßnahmen kühlte die deutsche Wirtschaft spätestens seit Sommer merklich ab. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck korrigierte entsprechend der wirtschaftlichen Lage die Erwartungen der Bundesregierung für das Jahr 2023 nach unten.

Über das ganze Berichtsjahr hinweg für Wirtschaft und Bürger spürbar war die rasant steigende Teuerung. Die Bundesregierung ging in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einer Inflationsrate von 8,0 Prozent und für 2023 von 7 Prozent aus. Der Sachverständigenrat kam in seiner Novemberprognose für 2022 auf denselben Wert und geht für 2023 von einer Teuerung von 7,4 Prozent aus. Tatsächlich haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 Prozent gegenüber 2021 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Jahresteuerrate damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. So hatte sie im Jahr 2021 noch bei +3,1 % gelegen. Als Ursachen für die historisch hohe Jahresteuerrate wurden die extremen Preisanstiege bei Energieprodukten und Nahrungsmitteln seit Beginn des Kriegs in der Ukraine genannt.

2.2. Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägte auch im Jahr 2022 weltweit die energiepolitische Debatte.

Bei der UN-Klimakonferenz COP 27 (United Nations-Framework Convention on Climate Change, 27th Conference of the Parties) in Sharm el-Scheikh hat man sich erstmals auf einen gemeinsamen Fonds zum Ausgleich von Klimaschäden für ärmere Länder geeinigt. Zudem bekräftigten diverse Staaten die im Vorjahr in Glasgow getroffenen Entscheidung, schrittweise aus der Kohle auszusteigen, allerdings fehlen bislang konkrete Daten für den Ausstieg aus Öl und Gas. Erstmals findet sich auch die Forderung nach einem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Abschlussdokument einer Klimakonferenz. Weiter werden die Staaten aufgefordert, ihre Klimaschutzpläne bis spätestens zur nächsten Klimakonferenz nachzubessern, allerdings besteht die Aufforderung auf einer freiwilligen Basis und ist nicht verpflichtend.

Obgleich vom Krieg Russlands gegen die Ukraine überschattet, stand auch der Kampf gegen den Klimawandel auf der Tagesordnung des G20-Treffens in Bali. In ihrem Abschluss-Communiqué bekräftigten die Staats- und Regierungschefs die Absicht, entschlossen gegen die Erderwärmung vorgehen zu wollen und riefen dazu auf, mehr Anstrengungen zu unternehmen und für eine bessere Finanzierung der Projekte und Maßnahmen zu sorgen. Die Staaten, so ist in der Erklärung festgehalten, wollen dazu beitragen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Zudem solle der Ausbau der Erneuerbaren mit hoher Priorität verfolgt werden und Lösungen gefunden werden, um die Energiemärkte stabil und die Preise für Energie bezahlbar zu halten.

Europa

Die Serie von Hitzewellen quer durch Europa zusammen mit ungewöhnlich trockenen Bedingungen hat die europäische Wirtschaft und Energieversorger im vergangenen Jahr vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Jahr 2022 war in Europa bis Ende Oktober das wärmste

Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 140 Jahren. Aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten, aber auch bedingt durch Hitze und Trockenheit waren in Frankreich zeitweise weniger als die Hälfte der 56 französischen Atomreaktoren mit voller Leistung am Netz. Dadurch sank der Anteil der Atomenergie am französischen Strommix deutlich unter das Normalniveau von 70 %, was preistreibende Wirkung auf die europäischen Großhandelsmärkte hatte.

Bereits kurz nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine wurden in Brüssel Forderungen einzelner Mitgliedsstaaten nach einem Preisdeckel an Großhandelsmärkten für Erdgas laut. Im Laufe des Jahres 2022 wurden unterschiedliche Modelle zur Umsetzung eines Preisdeckels diskutiert. Im Mai 2022 hatten Spanien und Portugal im Rahmen einer sogenannten „iberischen Ausnahme“ die Zustimmung der Europäischen Union erhalten, einen Preisdeckel für Gas, das auf Elektrizitätsmärkten gehandelt wird, einzuführen. Am 19. Dezember beschloss der Rat der Europäischen Union, einen Marktkorrekturmechanismus einzuführen. Unter den Voraussetzungen, dass der Großhandelspreis an drei aufeinanderfolgenden Werktagen über einem Niveau von 180 EUR/MWh und mehr als 35 EUR über einem Referenzpreis von LNG liegt, darf der Großhandelspreis für Termingeschäfte nicht mehr als 180 EUR bzw. nicht mehr als der LNG-Referenzpreis, zuzüglich 35 EUR, betragen. Dieser sogenannte dynamische Preisdeckel soll 28 Tage in Kraft bleiben und kann unter bestimmten Voraussetzungen automatisch oder durch Entscheidung der Kommission ausgesetzt werden. Vor dem Hintergrund der durch den russischen Krieg verursachten Energiekrise und immer deutlicher zutage tretenden Folgen des Klimawandels für Menschen, Umwelt, Wirtschaft und Energieversorgung haben die EU und die Bundesregierung Maßnahmen verschärft bzw. wollen diese auf den Weg bringen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben.

Im Mai hat die EU-Kommission mit dem Vorschlag des sogenannten „REPowerEUPakets“ den Ausbau der Erneuerbaren und die Abkehr von fossilen Energieträgern abermals forciert. Es handelt sich dabei um ein Maßnahmenpaket, das die Abhängigkeit von russischen Energieimporten mindern, die CO₂-Emissionen reduzieren und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen soll. Die Pläne, die u.a. als legislative Revision in die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED IV) einfließen, sehen vor, das 2030-Ziel für den Anteil der Erneuerbaren im EU-Energiemix auf 45 % anzuheben. Das soll durch einen beschleunigten Bau von Erneuerbaren-Anlagen erfolgen, u.a. in sogenannten und von den Mitgliedstaaten zu definierenden „Go-to-Gebieten“ für erneuerbare Energien. Nach der bislang geltenden Gesetzgebung ist die EU verpflichtet, bis 2030 mindestens 32 % des Energiebedarfs erneuerbar zu decken.

Ein ähnlich ambitionierter Ausbau ist im Bereich Elektromobilitäts-Ladeinfrastruktur notwendig. Die EU hat Ende Oktober beschlossen, ab 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Europa zuzulassen. Diese grundsätzliche Entscheidung wird den Trend zum E-Fahrzeug weiter beschleunigen und damit auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur in den Mittelpunkt rücken.

Deutschland

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien verabschiedet. Insbesondere das EnWG, EEG und WindSeeG haben umfangreiche Änderungen erfahren. Insgesamt wurden 19 Einzelgesetze geändert.

Der Gesetzgeber hat die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von bislang 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt werden. Um das zu erreichen, wird der Ausbau erneuerbarer Energie als von „überragendem öffentlichen Interesse“ verankert. Damit erhält die erneuerbare Energieerzeugung Vorrang in zahlreichen Abwägungsprozessen. Mit diesem Schritt, so die Hoffnung des Gesetzgebers, werden sich die Bremsen im Bereich Planung und Genehmigung lösen lassen. So gelten beispielsweise nun im novellierten Bundesnaturschutzgesetz für die artenschutzrechtliche Prüfung bundeseinheitliche Standards. Das neue Bundesnaturschutzgesetz erlaubt nun explizit, dass auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können. Der Finanzierungsbedarf für die Erneuerbaren Energien wird künftig aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ ausgeglichen. Verbraucher und Unternehmen werden durch den Wegfall der EEG-Umlage entlastet. Um das neue Ausbauziel für Wind- und Solarenergie 2030 zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen für die Zeit bis 2028/29 erhöht.

Parallel dazu hat der Gesetzgeber das Wind-an-Land-Gesetz beschlossen, um den Ausbau der Windenergie an Land zu beschleunigen. Demnach müssen die Bundesländer bis 2032 2 Prozent der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen. Bis 2027 sollen 1,4 Prozent der Flächen für Windenergie bereitstehen. Repowering-Maßnahmen alter Windanlagen am selben Standort sind vorzuziehen.

Einen weiteren Schub zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs soll der Masterplan Ladeinfrastruktur II bringen. Mit 68 im Masterplan aufgeführten Maßnahmen will die Bundesregierung unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums das Laden von Millionen zusätzlichen Elektroautos sicherstellen. Bis zum Jahr 2025 will der Bund den Ausbau mit 6,3 Mrd € fördern.

2.3. Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Situation an den Energiemärkten in Deutschland und Europa immer weiter verschärft und stellt die Welt vor neue, große Herausforderungen.

Sie ist seit Beginn des Krieges von einer extremen Unsicherheit über notwendige Gaslieferungen sowie einer außerordentlichen Volatilität bei ohnehin bereits hohem Preisniveau gekennzeichnet. Insbesondere die sehr massiven Preissteigerungen bei Gas, die einen Teil der gestiegenen Strompreise begründen, stellen eine erhebliche, teilweise existenzbedrohende Belastung für die Bevölkerung und Unternehmen in Deutschland und Europa dar und sind eine enorme gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung. Die gestiegenen und deutlich volatileren Commodity-Preise, steigende Zinsen, die Inflation sowie weitere Belastungen der schon durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogenen Lieferketten führen zu Unsicherheiten.

Die derzeitige Energiemangellage und die daraus resultierenden hohen Strompreise können mittel- und langfristig nur durch Investitionen in neue Erzeugungsanlagen und Diversifizierung bestehender Energiequellen überwunden werden, also durch die Schaffung von mehr

Alternativen zu russischem Erdgas. Daher hat die Bundesregierung neben vielen weiteren Maßnahmen z.B. das Ausbautempo für die erneuerbaren Energien mit einer großen EEG-Novelle massiv beschleunigt und die Grundlagen für den Import von Flüssigerdgas geschaffen. Auch wenn die Großhandelspreise für Strom zuletzt zurückgegangen sind, verbleiben die Strompreise in Deutschland und Europa weiterhin auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise. Zugleich führen die anhaltend hohen Börsenstrompreise auch zu einem Anstieg anderer Strompreisbestandteile. So prognostizieren die Übertragungsnetzbetreiber für das Jahr 2023 einen erheblichen Anstieg der Redispatchkosten für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im deutschen Stromnetz, der im Ergebnis höhere Übertragungsnetzkosten und damit höhere Übertragungsnetzentgelte bedeuten würde.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Maßnahmen erforderlich. Diese Maßnahmen verfolgen nicht nur das Ziel, einen weiteren Anstieg der Strompreise zu verhindern, sondern sie sollen zu einer spürbaren Entlastung bei den privaten und gewerblichen Stromverbraucherinnen und Stromverbrauchern führen. Die Bundesregierung hat daher mit den sog. „Entlastungspaketen I-III“ umfangreiche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Zudem hat die Bundesregierung mit dem weiterentwickelten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) einen umfassenden wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Milliarden Euro geschaffen. Dieser Abwehrschirm federt die Auswirkungen der verschärften Energielage ab. Ein wichtiges Element dieses Abwehrschirms ist die Strompreisbremse, die durch dieses Gesetz eingeführt wird. Sie soll die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Sie ist zugleich ein wichtiger nationaler Beitrag in dieser Krise, die die gesamte Europäische Union betrifft und eine europaweit abgestimmte Lösung erfordert. Die Europäische Union hat sich daher auf ihrem Sonder-Ministerrat am 30. September 2022 ebenfalls – auch zur Vermeidung eines größeren Eingriffs in das europäische Strommarktdesign – auf eine Strompreisbremse verständigt, die denselben Ansatz verfolgt und der deutschen Strompreisbremse entspricht. Flankierend ist durch ein gesondertes Gesetz eine einmalige Entlastung für Kunden von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme für Dezember 2022 umgesetzt worden, und es wird parallel mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz eine zu der Strompreisbremse vergleichbare Gaspreisbremse eingeführt. Die Energiewende in Europa ist unumkehrbar und gewinnt auch vor dem Hintergrund der aktuellen Marktsituation an Tempo. Für die Energiewirtschaft ergeben sich daraus nicht nur neue Herausforderungen, sondern auch enorme Chancen.

Durch die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Denn mit Themen wie Erneuerbare Energien, EMobilität und Wasserstoff im Zuge der weltweiten Dekarbonisierung ist die Energiebranche zum wichtigen Problemlöser für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert geworden. In diesem Kontext werden die Energiesysteme zunehmend von digitalen und vernetzten Anwendungen und Lösungen geprägt. Netze, Produkte und Kundenschnittstellen, aber auch interne Prozesse in den Energieunternehmen werden digitalisiert. Damit können die Energienetze sicher geführt und der Netzausbau optimiert werden. Die Digitalisierung ermöglicht in einem herausfordernden Regulierungsumfeld den daraus resultierenden Effizienzvorgaben gerecht zu werden. Gleichzeitig befindet sich das Netzgeschäft in einem herausfordernden regulatorischen Umfeld sowie in einem weiterhin intensiven Wettbewerb um Konzessionen für das Betreiben der regionalen Strom- und

Gasverteilnetze.

2.4. Energiepreisentwicklung

Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sinkt der Primärenergieverbrauch in Deutschland im Jahre 2022 um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die stark gestiegenen Energiepreise zurückzuführen, die zu verhaltensbedingten Einsparungen, Energieeffizienzinvestitionen sowie Produktionskürzungen geführt haben. Der Erdgasverbrauch fällt 2022 sogar um etwa 15 %. Neben den oben genannten Faktoren kommen die im Jahresdurchschnitt milde Witterung sowie preisgetriebene Substitutionseffekte hin zu anderen Energieträgern (Mineralöl sowie Kohle in der Stromerzeugung) hinzu. Der Stromverbrauch ist nach vorläufigen Daten des BDEW um 3,1% zurückgegangen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung stieg dagegen auf 44,6 %.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die damit einhergehenden politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Maßnahmen hatten einen massiven Einfluss auf die europäischen Energiemärkte. So stiegen sämtliche Energie-Commodities (Rohöl, Kohle, Erdgas und Strom) in der ersten Jahreshälfte sehr deutlich an. Dabei wurden die preislichen Höchststände in den Sommermonaten Juni bis August erreicht. In der zweiten Jahreshälfte war dann eine eher fallende Preistendenz zu verzeichnen, die aber bei weitem nicht die Dynamik der Preissteigerungen aufwies und auch auf einem deutlich höherem Niveau das Jahr beendete.

Lediglich der CO₂-Zertifikatepreis konnte sich von dieser Entwicklung abkoppeln und bewegte sich im Jahresverlauf seitwärts – meist in einem Preisband zwischen 70 und 90 €/tCO₂. Dennoch lag der CO₂-Preis damit deutlich über dem Jahresmittelpreis des Vorjahres.

Dabei sind hohe CO₂-Preise politisch durchaus erwünscht: Verbraucher sollen dadurch zum Umstieg auf klimafreundlichere Technologien motiviert werden – beispielsweise auf Elektrofahrzeuge. Um zusätzliche Anreize für Emissionsminderungen zu schaffen, hatte unter anderem Deutschland bereits 2019 mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) die Grundlage für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich geschaffen.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2022 auf den höchsten Stand aller Zeiten gestiegen. In Folge des Ukraine-Krieges sind die Strompreise exponentiell auf das Achtfache im Vergleich zum Jahresanfang gestiegen. Der Maximalwert am Terminmarkt für das Frontjahresprodukt Cal23 Base wurde am 26.08.2022 mit 985 €/MWh erreicht. Mit Wirkung verschiedener politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen entfaltete sich im weiteren Jahresverlauf dann aber eine gewisse preisliche Entspannung, so dass die Preise dann bis zum Jahresende auf ein Preisniveau von unter 300 €/MWh zurückgingen. Auch der Jahresmittelwert am Terminmarkt lag dann schlussendlich bei 300 €/MWh und damit etwa 230 €/MWh über dem Mittelpreis des Jahres 2021. Dementsprechend ist der durchschnittliche Strompreis für kleinere bis

mittlere Industriebetriebe (ohne Stromsteuer) im Durchschnitt um rund 40 % höher als im Vorjahr. Hingegen haben die zeitversetzt wirkenden geringeren Strom-Großhandelspreise der Vorjahre bei leicht höheren Netznutzungsentgelten zu um circa 7 % höheren Strompreisen für Privatkunden auf durchschnittlich 34,47 ct/kWh geführt.

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und waren damit auch ein wesentlicher Impulsgeber für die Strompreise. Auch am Gasterminmarkt wurden die Rekordwerte in der letzten AugustWoche erreicht (314 €/MWh). Im Kurzfristhandel notierte Erdgas mit einem Mittelwert von 124 €/MWh ebenso deutlich teurer und es wurden Maximalpreise von über 300 €/MWh erzielt.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf ein deutlich reduziertes Erdgasangebot aus russischen Quellen zurückzuführen. Gleichzeitig wurden die deutschen Gasspeicherbetreiber gesetzlich dazu verpflichtet, die Gasspeicher bis zu Winterbeginn vollständig zu füllen. Dies führte gerade in den Sommermonaten zu einer deutlich erhöhten Gasnachfrage, die preistreibend wirkte. Auch die weltweiten LNG-Preise wurden dadurch in die Höhe getrieben. Mit den überdurchschnittlich warmen Herbstmonaten Oktober und November sowie einer ausgeprägten

Energiesparbereitschaft in Deutschland konnten gegen Jahresende Risiken in Bezug auf eine drohende Gasmangellage ausgepreist werden. Schließlich konnte am Jahresende ein Jahresmittelwert am Terminmarkt von etwa 120 €/MWh verzeichnet werden und damit 5-fach höher als im Mittel 2021 (24 €/MWh). Infolge der weiterhin gestiegenen Großhandelspreise haben sich sowohl die Preise für Privatkunden wie auch für Industriekunden bei ebenfalls höheren Netznutzungsentgelten im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt.

2.5. Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Die größten Auswirkungen auf die EWW hatte im Jahr 2022 die Energiekrise. Die bereits 2021 steigenden Energiepreise wurden durch den Krieg in der Ukraine auf einen nie dagewesenen Höchststand getrieben. Hinzu kamen die mögliche Gasmangellage und stetig neue oder angepasste Gesetzesgrundlagen. Noch nie war das Thema Energie medial derart präsent wie im Jahr 2022. Dies führte unter anderem zu einem extremen Anstieg der Kundenkontakte. Trotz der infolge gestiegener Beschaffungskosten durchgeführten Preiserhöhungen und eines zeitweisen Vermarktungsstopps von Energieprodukten konnte die EWW 2022 ein deutliches Kundenwachstum im Bereich Strom und Gas erzielen. Die Entlastungen der Bundesregierung im Zuge der Energiekrise werden die gesamte Energiebranche und somit auch die EWW langfristig beeinflussen.

Neuorganisation

Um den Herausforderungen der Zukunft besser gerecht werden zu können, hat sich die EWW im Laufe des Jahres 2022 zu einem Organisations-Update entschlossen. Aus bislang drei Bereichen werden zukünftig zwei. Der Ausbau und die Optimierung des vertrieblichen Kerngeschäfts sowie die strategische Weiterentwicklung neuer vertrieblicher Themen werden zukünftig allein im Vertrieb gebündelt. Die neue Abteilung Energiewende wird sich mit den vertrieblichen Themen der Zukunft beschäftigen. Die neue Organisation startet zum 01.01.2023.

Sanierung des Verwaltungsgebäudes

Durch die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 wurde der Hauptsitz der EWW in Stolberg massiv beschädigt. 2022 stand ganz im Zeichen der Finanzierung und Beauftragung der Sanierungsmaßnahmen. Durch den hohen Auslastungsgrad bei den benötigten Dienstleistern verbunden mit dem Ausmaß der Beschädigungen, dauern die Sanierungsarbeiten noch an. Die EWW geht derzeit davon aus, das Gebäude im Herbst 2023 wieder vollumfänglich nutzen zu können. Bis dahin weichen die Mitarbeiter auf alternative, zum Teil angemietete Standorte aus und arbeiten im Home-Office.

Corona

Corona war auch in 2022 ein Thema, jedoch gegenüber den Vorjahren in deutlich abgeschwächter Form. Immer wieder gab es bedingt durch den Virus Ausfälle von Mitarbeitern. Die Veranstaltungen sowie die Sponsoringmaßnahmen konnten jedoch in überwiegender Anzahl plangemäß durchgeführt werden.

2.6. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2022 24,5 Mio. € gegenüber 19,0 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach höher als dies in der Prognose des Vorjahres (23,1 Mio. €) geplant war. Nicht antizipierte Kundengewinne, Erlöse aus der Rückvermarktung nicht benötigter Gasmengen sowie eine kurzfristige Margenausweitung infolge einer konservativen Beschaffungsstrategie zeichnen hierfür verantwortlich. Aufgrund der deutlich steigenden Beschaffungspreise wird diese spezifische Marge in 2023 aber nicht gehalten werden können.

Investitionen: Die EWW investierte in 2022 Mio. 4,0 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €, geplant waren 9,1 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert zum einen aus einer deutlich niedrigeren Aktivierungsquote der Maßnahmen zur Schadensbehebung des Hochwassers im Juli 2021. Zum anderen wurden die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht. Bei letzterem spielen unter anderem Bauverzögerungen durch Material- und/oder Ressourcenknappheit sowie auch krisenbedingt rückläufige bzw. zeitliche verzögerte Kundenaufträge eine große Rolle.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2022 hat die EWW 702 GWh Strom (Vorjahr 741 GWh, geplant 748 GWh) und 1.297 GWh Gas (Vorjahr 1.628 GWh, geplant 1.380 GWh) abgesetzt.

2.7. Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2022 belaufen sich auf 322,6 Mio. € (Vorjahr: 276,9 Mio. €, geplant 275,9 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 157,4 Mio. € (Vorjahr 142,5 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 114,4 Mio. € (Vorjahr: 86,8 Mio. €) sowie 5,2 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Trotz der Mengenrückgänge im Strom und Gas erfolgte durch entsprechende Preiseffekte eine Umsatzerhöhung sowohl gegenüber Vorjahr als auch gegenüber der Planung. Gegenläufig im Strom wirkte sich der Wegfall der EEG-Umlage ab dem 01.07.2022 aus.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 25,7 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 19,9 Mio. € (Vorjahr: 18,6 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gasmengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

In 2022 wurde eine Preiserhöhung in der Grundversorgung für Privatkunden und kleinere Gewerbekunden durchgeführt. Durch Lieferanteninsolvenzen sind einige tausend Kunden in unsere Grund- und Ersatzversorgung überführt worden. Dies führte aufgrund kurzfristiger Nachbeschaffung zu steigenden Beschaffungskosten.

Durch die Trennung von rund 5.500 enerSwitch-Kunden ist die Bilanz der Stromkunden in 2022 zwar insgesamt negativ, allerdings ist die Kundenanzahl im Stammgebiet um ca. 2.900 angestiegen.

Zudem konnten mit rund 43 verkauften PV-Anlagen einige Kunden auf regenerative Energien überführt werden.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge in 2022 im Wesentlichen über freibleibende Angebote oder spotindizierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWW risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2022 bei 702 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (741 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus der Kündigung der enerSwitch Kunden (ca. 46 GWh). Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 200 GWh auf private Haushalte, 33 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 469 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2021 für 2022 wurden 46 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Bereich der externen Akquise resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei zu rund 8% über E.ON und zu 92% über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2022 eine Preisanpassung der Grundversorgung und des Produktes regioErdgas Basis zum 01.02.2022 und 01.11.2022 durchgeführt. Im Bereich der Sonderverträge wurde eine Produktüberführung des aktiven Produktportfolios in das Produkt „ÖkoGas12“ zum 01.10.2022 durchgeführt, welches die Weitergabe von gestiegenen Umlagen und NNE ermöglicht. Geringere Kundenverluste sowie deutlich höhere Kundenzugänge haben zu einem Anstieg der Kundenanzahl geführt. Die Zahl der verkauften Wärmecontractinganlagen ist im Jahr 2022 auf 49 zurückgegangen. Dies liegt insbesondere am Vermarktungsstopp und dem damit verbundenen Wechsel zu Pacht- und Verkaufsmodellen.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kunden sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risikoaufgaben (im Wesentlichen freibleibende Angebote).

Die Erdgasabsatzmenge 2022 liegt mit rund 1.297 GWh insgesamt 331 GWh unter der des Vorjahres (1.628 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Einspareffekten. Gegenüber der Prognose aus 2021 für 2022 wurden 83 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie Einspareffekten im Geschäftskunden-Segment resultieren. Der Mengeneffekt im Segment Privat- und Gewerbekunden wurde durch die höhere Kundenanzahl kompensiert. Der Gasabsatz wurde dabei zu rund 8% über E.ON und zu 92% über fremde Händler beschafft.

2.8. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 24,5 Mio. € (Vorjahr: 19,0 Mio. €). Im Verhältnis zur Planung i. H. v. 23,1 Mio. € wurde demnach ein um 1,4 Mio. € höheres Ergebnis erzielt, welches insbesondere auf Kundengewinne und – angesichts zukünftig steigender Beschaffungspreise – nur kurzfristig wirkende Margenausweitungen zurückzuführen ist. Gegenläufig wirkt ein aufgelegtes Altersteilzeitprogramm, welches die Reorganisation der Bereiche im Berichtsjahr komplementiert hat.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2022		2021		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	322.575	100,0%	276.936	100,0%	45.639	16,5%
Materialaufwand	-250.356	-77,6%	-219.940	-79,4%	-30.416	-13,8%
Rohergebnis	72.219	22,4%	56.996	20,6%	15.223	26,7%
Andere betriebliche Erträge	2.089	0,6%	4.518	1,6%	-2.429	-53,8%
Personalaufwand	-28.175	-8,7%	-22.758	-8,2%	-5.417	-23,8%
Andere betriebliche Aufwendungen	-28.496	-8,8%	-29.175	-10,5%	679	2,3%
Betriebsergebnis	17.637	5,5%	9.581	3,5%	8.056	84,1%
Beteiligungsergebnis	15.382	4,8%	15.332	5,5%	50	0,3%
Zinsergebnis	-1.848	-0,6%	-4.407	-1,6%	2.559	58,1%
Steuerergebnis	-6.650	-2,1%	-1.511	-0,5%	-5.139	-340,1%
Jahresüberschuss	24.521	7,6%	18.995	6,9%	5.526	29,1%

Die Umsatzerlöse nahmen um 16,5 % bzw. 45,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 322,6 Mio. € zu; im Verhältnis zur Planung i. H. v. 275,9 Mio. € ergab sich ein Anstieg i. H. v. 46,7 Mio. €.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, sowie die darüber hinausgehenden Einspareffekte der Kunden aufgrund der starken Preisanstiege. Dennoch stiegen die Gaserlöse – auch bedingt durch die Rückvermarktung der nicht benötigten Gas-mengen – um 27,6 Mio. € von 86,8 Mio. € auf 114,4 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr deutlich um 14,9 Mio. € auf 157,4 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch die Weitergabe von Preiseffekten infolge gestiegener Beschaffungspreise.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen durch gestiegene Absatzpreise sowie durch Anlagen-/Kundengewinne gegenüber dem Vorjahr von 3,3 Mio. € auf 5,2 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise sowie der erhöhten Absatzmenge um 30,4 Mio. € auf 250,4 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Gegenläufig wirkte die Senkung der EEG-Umlage zur Jahresmitte.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 72,2 Mio. € (Vorjahr: 57,0 Mio. €) bzw. 22,4 % der Umsatzerlöse, was einen Anstieg i. H. v. 26,7 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Erlöse aus dem Verkauf von PV-Anlagen (0,5 Mio. €, Vorjahr 0,2 Mio. €), Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (0,5 Mio. €, Vorjahr: 1,1 Mio. €) sowie Rückstellungsaufösungen i. H. v. 0,3 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 28,2 Mio. € und erhöhte sich um 23,8 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der tariflichen Erhöhung um 3,3 % ist der Anstieg insbesondere auf die Aufwendungen im Rahmen des aufgelegten Altersteilzeitprogramms zurückzuführen.

Die Abschreibungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen sanken unter anderem durch im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € reduzierte Abschreibungen um 0,7 Mio. € bzw. 2,3 % auf 28,5 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €).

Das Betriebsergebnis stieg im Wesentlichen aufgrund des höheren Rohergebnisses um 8,0 Mio. € auf 17,6 Mio. € an.

Das negative Zinsergebnis beträgt 1,8 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €). Die Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit den Kreditverbindlichkeiten liegen im Geschäftsjahr bei 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €).

Das Beteiligungsergebnis liegt bei 15,4 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € (Vorjahr 13,9 Mio. €).

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2022 mit einem Betrag i. H. v. 6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 21,3 % (Vorjahr: 7,3 %). Die Ausgleichszahlung der Regionetz wird dabei zu 95% steuerfrei behandelt. Die geringe Steuerquote des Vorjahres resultierte vor allem aus einer steueraufwandmindernden Auflösung einer Steuerrückstellung im Zusammenhang mit der im Vorjahr durchgeführten und abgeschlossenen Betriebsprüfung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht erhöht bei 7,6 % (Vorjahr: 6,9 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 24,5 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 41,1 % (Vorjahr: 33,2 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 4,8 % (Vorjahr: 3,6 %).

2.9. Investitionen

Im Berichtsjahr 2022 erfolgten Investitionen i. H. v. 4,0 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 1,8 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagencontractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Des Weiteren erfolgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens i. H. v. 0,4 Mio. €.

2.10. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	154,8	63,6%	154,0	68,0%	0,8	0,5%
- davon Sachanlagen	14,6	6,0%	13,6	6,0%	1,0	7,5%
- davon Finanzanlagen	138,1	56,8%	138,5	61,2%	-0,4	-0,3%
Umlaufvermögen	87,0	35,8%	71,1	31,4%	15,9	22,4%
- davon Forderungen aus LuL	28,5	11,7%	33,1	14,6%	-4,6	-14,0%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,4	0,6%	1,3	0,6%	0,1	7,7%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%
Passiva						
Eigenkapital	66,7	27,4%	59,7	26,4%	7,0	11,8%
Rückstellungen	99,2	40,8%	81,0	35,8%	18,2	22,4%
- davon Pensionsrückstellungen	54,7	22,5%	55,1	24,4%	-0,4	-0,8%
Verbindlichkeiten	76,2	31,3%	84,9	37,5%	-8,7	-10,2%
- davon ggü. Kreditinstituten	46,2	19,0%	54,6	24,1%	-8,5	-15,5%

Rechnungsabgrenzungsp.	1,2	0,5%	0,9	0,4%	0,3	33,3%
	243,2	100,0%	226,4	100,0%	16,8	7,4%

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 16,8 Mio. € von 226,4 Mio. € auf 243,2 Mio. €. Grund hierfür ist im Wesentlichen ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Anstieg ausstehender Rechnungen – insbesondere Energiebezugsrechnungen – von 9,6 Mio. € im Vorjahr auf 23,5 Mio. €.

Die Anlagenintensität liegt bei 63,6 % (Vorjahr: 68,0 %).

Das Eigenkapital zeigt sich erhöht um 11,8 % bei 27,4 % der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 54,7 Mio. € (Vorjahr: 55,1 Mio. €) betragen. Diese machen 22,5 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen sowie der geringeren Kontoinanspruchnahme um 15,5 % auf 46,2 Mio. €.

2.11. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach CashFlow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2022	2021	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	33,0	3,1	29,9
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	10,2	11,9	-1,7
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-21,3	-20,4	-0,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	21,9	-5,4	27,3
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	8,7	14,1	-5,4
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	30,6	8,7	21,9

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich deutlich erhöht. Er ist um 29,9 Mio. € gestiegen und liegt im Geschäftsjahr bei 33,0 Mio. €.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWV.

Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungstromschwankungen.

Im Berichtsjahr ist der Anstieg des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere auf gestiegene Abschlagszahlungen in der zweiten Jahreshälfte 2022 zurückzuführen.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 10,2 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Mio. € vermindert. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit die Vorweggewinnausschüttung der Regionetz i. H. v. 13,6 Mio. € und weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,8 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,6 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 3,9 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -21,3 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 17,5 Mio. € (Vorjahr: 16,5 Mio. €) sowie Darlehenstilgungen i. H. v. 3,2 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden 34,4 Mio. € (Vorjahr: 37,3 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 30,6 Mio. € und setzt sich zusammen aus einem kurzfristigen Kontokorrentkredit i. H. v. 12,0 Mio. €, Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 30,8 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 11,8 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 21,9 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 46,2 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 33,1 %.

Die Geschäftsführung der EWV bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

2.12. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2022 beschäftigte die EWW durchschnittlich 248 (Vorjahr: 254) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWW zehn Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika sowie Bachelor- und Masterarbeiten im kaufmännischen Bereich angeboten.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,2 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 382.

Personalentwicklung

Im Kontext der Covid-19-Pandemie wurde ein Leitfaden für das Führen auf Distanz für alle Führungskräfte der EWW zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden vermehrt virtuelle Bildungsformate eingesetzt, um die fachliche und überfachliche Weiterbildung der Mitarbeiter und Führungskräfte sicherzustellen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter (m/w/d). Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeiter (m/w/d) geht so gesund nach Hause, wie er (m/w/d) gekommen ist.“ Dies gilt umso mehr in Zeiten der Covid-19-Pandemie. Darüber hinaus wurden von unserem BGM Team (betriebliches Gesundheitsmanagement) folgende Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeiter konzipiert und durchgeführt:

Verschiedene Vorsorgescreenings, darunter Augen- und Rückenmessungen incl. Empfehlung zur Verbesserung bei Rückenleiden und Angebot eines OnlineFitnessprogramms.

Digitale Vorträge zu den Themen Home-Office mit Familie und Motivation in Krisenzeiten Einbindung des Caritas Unternehmensservice als Employee Assistance Program

2.13. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

Die EWW berät mit ihrem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

2.14. Tätigkeitsabschlüsse

Die EWW erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, einen Tätigkeitsabschluss aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

3. Chancen- und Risikobericht

3.1. Risikomanagement

Bei der EWW orientiert sich das Risikomanagementsystem an der E.ON Funktionsrichtlinie FP-14 Risikomanagement.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

3.1.1. Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

3.1.2. Strategische Risiken

Strategische Risiken thematisieren insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen.

Aktuell ergeben sich Chancen aus einer strategischen Neuausrichtung. Die EWW hat eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern identifiziert, die sich aus der grundlegenden Veränderung der Energiemärkte ergeben.

3.1.3. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2022 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2018 bis 2021 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWW angepasste Produkte beschafft. Durch die aktuelle Energiekrise werden die Entwicklungen am Markt noch enger monitort. Für die Lieferjahre 2023 bis 2025 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

3.1.4. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWW sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

3.1.5. Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

3.1.6. Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich HR gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens. Ziel ist es, die Emissionen völlig zu eliminieren oder so gering wie möglich zu halten. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch das laufende ESG-Reporting sowie laufende Schulungen der Mitarbeiter im regelmäßigen Turnus.

3.1.7. Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWW wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWW vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)

- Hoch (>20 bis 50 %)
- Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die fünf wertwichtigsten Risiken:

1. *Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Kritisch“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit höchster Liefermenge je Jahr dar.

2. *Spotmarktrisiko (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)*

Das Risiko entsteht aus Abweichungen zwischen langfristig eingedeckten Mengen und kurzfristigen temperatur- und/oder konjunkturbedingten Verbrauchsschwankungen. Der Schaden ergibt sich entsprechend aus der Divergenz der Einkaufs- und Verkaufspreise. Je nach Preislage kann dieses Risiko allerdings auch einen positiven Effekt aufweisen.

3. *Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Es wird eine vollständige Zerstörung der Dienststelle im Szenario unterstellt bei der die Versicherung nicht greift.

4. *Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Mögliche Ursachen sind bspw. durch das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc. Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom

5. *Kreditrisiken Retail B2B/B2B (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)*

Das Risiko umfasst im Wesentlichen Forderungsausfälle im B2C Segment. Hauptrisikotreiber bilden neben Kaufkraftveränderungen auch Preissteigerungen, konjunkturelle Entwicklungen und Insolvenzen (§133 ff InsO)

3.1.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

3.2. Chancen

Die derzeit instabile Situation auf den Energiemärkten mit beträchtlichen Händlerinsolvenzen und der damit verbundenen Übernahme der freigewordenen Kunden durch den Vertrieb der EWW kann insgesamt zu einer Stabilisierung der Kundenbasis sowohl bei Privat- als auch Gewerbekunden und damit verbundenen Ertragseffekten im mittleren sechsstelligen Bereich führen. Mit Blick auf die Bestandskunden ist davon auszugehen, dass sich insgesamt die Wechselbewegung zu anderen Versorgern abschwächen wird.

Kalte Nahwärmekonzepte für Neubaugebiete und nachhaltige Energiekonzepte für Bestandsquartiere gewinnen politisch weiter an Bedeutung. Mehrere Entwicklungen zählen hierauf ein:

- Die stark gestiegenen Gas- und Strompreise führen bei vielen Hauseigentümern zu einem Umdenken. Die Nachfrage nach Photovoltaik und Wärmepumpen ist hierdurch enorm gestiegen.
- Die für 2023 angekündigte Verpflichtung von NRW-Kommunen, in die kommunale Wärmeplanung einzusteigen, führt 2022 zu einer gesteigerten kommunalen Nachfrage nach entsprechenden Konzepten bzw. Beratungsleistungen.
- Der angestrebte Klimaneutralitätspfad vieler Gemeinden in der StädteRegion sowie das angedeutete Verbot des Einbaus von rein fossilen Heizungen ab 2024 verstärkt das Bewusstsein bei Bürgern, kurz- bis mittelfristig in die eigenen vier Wände energetisch zu investieren.

In Neubaugebieten hat sich kalte Nahwärme als die zentrale Alternative zu dezentralen Wärmepumpenlösungen etabliert.

EWV profitiert durch Umsetzung der Energiekonzepte mit langfristiger Wärme- und Stromlieferung sowie gegebenenfalls auch durch bezahlte Planungsleistungen für Dritte. Dank der neuen Rahmenparameter besteht im Energiedienstleistungsbereich durchaus die Chance, in allen Kundensegmenten deutlich mehr Abschlüsse zu generieren.

Durch den Wegfall der Umsatzsteuer für PV-Anlagen ab 2023 wird die Attraktivität von Kaufmodellen im B2C-Segment gesteigert. Pachtmodelle werden für Endkunden hingegen aufgrund der weiter zu entrichtenden Umsatzsteuer wirtschaftlich uninteressant.

2023 wird – wie auch 2022 – werden grundsätzlich durch Materialengpässe wie auch Fachkräftemangel (Installationsengpässe) geprägt sein. Derjenige Akteur, der es schafft, sowohl Material als auch Installationskapazitäten in ausreichender Menge vorzuhalten, wird von der gestiegenen Nachfrage profitieren. So sind in der Photovoltaik allein im B2C Segment durchaus 300 Anlagen mehr als planerisch unterstellt möglich. Aufgrund der Mangellage sind zudem die Endkundenpreise und somit auch der Ertrag je Anlage angestiegen.

Bei der E-Mobilität positioniert sich EWV als Projektierer und setzt bei größeren Kunden oder Objekten komplexe Abrechnungsmodelle um. Nachfrage nach entsprechenden Lösungen ist bereits da und wird steigen. Die in diesem Bereich abgesetzten Mengen sind in 2022 gegenüber 2021 spürbar angestiegen. In Abhängigkeit der weiteren politischen Rahmenbedingungen erscheint eine Margenausweitung im niedrigen sechsstelligen Bereich in der Zukunft im Bereich des Möglichen.

4. Prognosebericht

4.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Angesichts der aktuell großen Herausforderungen hat die Weltwirtschaft an Dynamik verloren. Die anhaltend hohe Inflation hat sich über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet; Engpässe in der Energieversorgung könnten die Preise weiter in die Höhe treiben. Zinserhöhungen, die notwendig sind, um die Inflation einzudämmen, erhöhen die finanzielle Anfälligkeit. In ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 geht die OECD davon aus, dass fast drei Viertel des globalen Wachstums im kommenden Jahr auf die großen asiatischen Schwellenländer entfallen wird, während der Aufschwung in den USA und in Europa an Tempo verliert. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von nur 2,2 Prozent und für das Jahr 2024 von 2,7 Prozent prognostiziert. Eine straffere Geldpolitik und höhere Realzinsen, anhaltend hohe Energiepreise, ein schwaches Wachstum der realen Haushaltseinkommen und ein sinkendes Vertrauen dürften das Wachstum schwächen. Es wird erwartet, dass die Inflation in 2023 auf hohem Niveau verbleiben wird, bevor eine straffere Geldpolitik sowie eine Verlangsamung des Wachstums dazu beitragen werden, die Inflation letztendlich zu dämpfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft trotz

Ukraine-Krieg, Lieferkettenengpässen und Energiepreiskrise gewachsen. Noch im Frühjahr 2022 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage mit einem Wachstum des BIP in Deutschland von 3,6 Prozent im Jahr 2023 gerechnet. Im Jahresgutachten, das im Herbst publiziert wurde, wird ein Rückgang für das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2023 um 0,2 Prozent erwartet. Auch die Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht von Dezember unter den gegebenen Bedingungen von einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft von sogar 0,5 Prozent aus, das aber keinen schwerwiegenden Einbruch zur Folge habe, weil in der 2. Jahreshälfte mit einer Erholung zu rechnen sei. Für 2024 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent gerechnet.

4.2. Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird sich in den kommenden Jahren abbauen. Demgegenüber steht eine Kompensation durch zunehmende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation dar. Hier gilt es Involvement und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung erfolgt. Abzuwarten bleibt, wie sich zunehmende grüne Wasserstoffbeimischungen auf dem Wärmemarkt entwickeln werden.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid/intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es weiterhin Geschäftsoptionen für Photovoltaik und Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Dabei ist die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern essentiell. Aus vertrieblicher Sicht wird es zunehmend wichtig, den Smart-Meter-Roll-Out proaktiv zu begleiten. Die sich hieraus ableitenden zusätzlichen Optionen für „Sub-Metering“, „Smart Home“ (u.a. auch IoT Wallbox, Heizung, Waschmaschine) und „Daten-Hubs“ (u.a. personalisierte Dienstleistungen) werden aufgrund des neuen Energiebewusstseins und des Preisniveaus zunehmend in den Fokus rücken. Mit steigender Smart-Meter Dichte müssen auch adäquate dynamische Commodity-Tarife nachgerüstet werden, die entsprechende Anreize zur Einsparung und Flexibilität liefern.

Die für 2023 avisierte Gas-, Wärme- und Strompreisbremse für alle Kundensegmente, verkleinert im Prinzip den wettbewerblichen Anteil im Verkaufspreis, allerdings auf einem hohen Niveau. Sollten allerdings drastische Preisabsenkungen auf den Großhandelsmärkten zu verzeichnen sein, muss schnell mit entsprechenden Preis- und Produktmaßnahmen sowie Kundenbindungsinstrumenten gegengesteuert werden.

Das derzeit hohe Level an Kundenanfragen und -anliegen stellt für den Vertrieb insbesondere auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels eine enorme Herausforderung dar. Daher spielt die verbesserte Ausgestaltung des digitalen Frontends (Kundenportal und Produktplattform) für den Customer-Service eine entscheidende Rolle, denn auch die Customer-Journey

wird immer digitaler. Aber auch der Digitalisierungsfortschritt der nachgelagerten Prozesse wird vor dem Hintergrund der Kosteneffizienz und Schnelligkeit kombiniert mit einer exzellenten Datenstrategie forciert werden. Gleichzeitig gilt es, die Anforderungsprofile der Stellen anzupassen und neuartige Stellen zu konzipieren.

Um den immer komplexeren Anforderungen, aber auch den Marktchancen in der Energiewirtschaft zu begegnen, spielen Kooperationen mit Spezialisierungskompetenzen eine fortwährend wichtige Rolle. Diese gilt es zu bewerten und gewinnbringend mit der Organisation zu verzahnen. Eine professionelle Begleitung und ggf. Integration von Start-up-Unternehmen trägt zum Innovationsgrad und ggf. neuen Geschäftsimpulsen bei.

Die EWV will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Im Rahmen einer internen Neuorganisation mit Start zum 01.01.2023 werden die EE-Projekte EWV-weit in der Abteilung Energiewende gebündelt. Dabei sind verschiedene Projekte in Vorbereitung.

4.3. Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EUGesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die StädteRegion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der

industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen. Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWV Schwerpunkte

Trotz der Umstände rund um das zu sanierende Verwaltungsgebäude in Stolberg hat es die EWV erfolgreich geschafft, alle Prozesse in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden zum größten Teil ins Home-Office verlegt. Dieser Zustand wird weitestgehend auch noch in 2023 anhalten. Parallel erfolgt die fortschreitende Sanierung des Verwaltungsgebäudes, so dass derzeit von einem vollständigen Bezug in der zweiten Jahreshälfte 2023 ausgegangen wird.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) so genannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsam mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen. Ein zentrales Vorhaben titulierte unter der sogenannten Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt im Besonderen das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV wird sich als Mitglied des Akteurkonsortiums an der Studie und den flankierenden Maßnahmen finanziell beteiligen.

In Kommunen bestehen hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potentiale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWW werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2023 507,4 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 708 GWh Strom und 1.258 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 232,1 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 221,0 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWW für 2023 wird gemäß Plan bei 25,3 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 17,1 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2023 beträgt ca. 9,8 Mio. €. Es besteht in der Vorausschau auf das kommende Jahr weiterhin große Ungewissheit bezüglich der Auswirkungen aus der anhaltenden Energiekrise.

5. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2022 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

g) Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung:

Geschäftsführung:	Schröder, Manfred bis (30.06.2023)	Köln	
	Bedenbecker, Nicolai (seit 01.04.2023)	Mühlheim	
Aufsichtsrat:	Innogy SE	1 Sitz	
	Stadt Stolberg	1 Sitz	
	Stadt Eschweiler	1 Sitz	
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	
	weitere von GV bestellt	9 Sitze	
	Arbeitnehmervertreter	7 Sitze	
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.	1 Stimme	Je 51,13 Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
Beirat:	Die Mitglieder des Beirates werden von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der Vertreter der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen.		

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

Der Landrat des Kreises Düren, Herr Spelthahn, ist Mitglied des Aufsichtsrates der EWW. Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Wahl durch den Kreistag, da entsprechend des

sehr niedrigen Gesellschaftsanteils dem Kreis Düren kein Mandat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.

Beirat:

Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Schiffer, Norbert	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

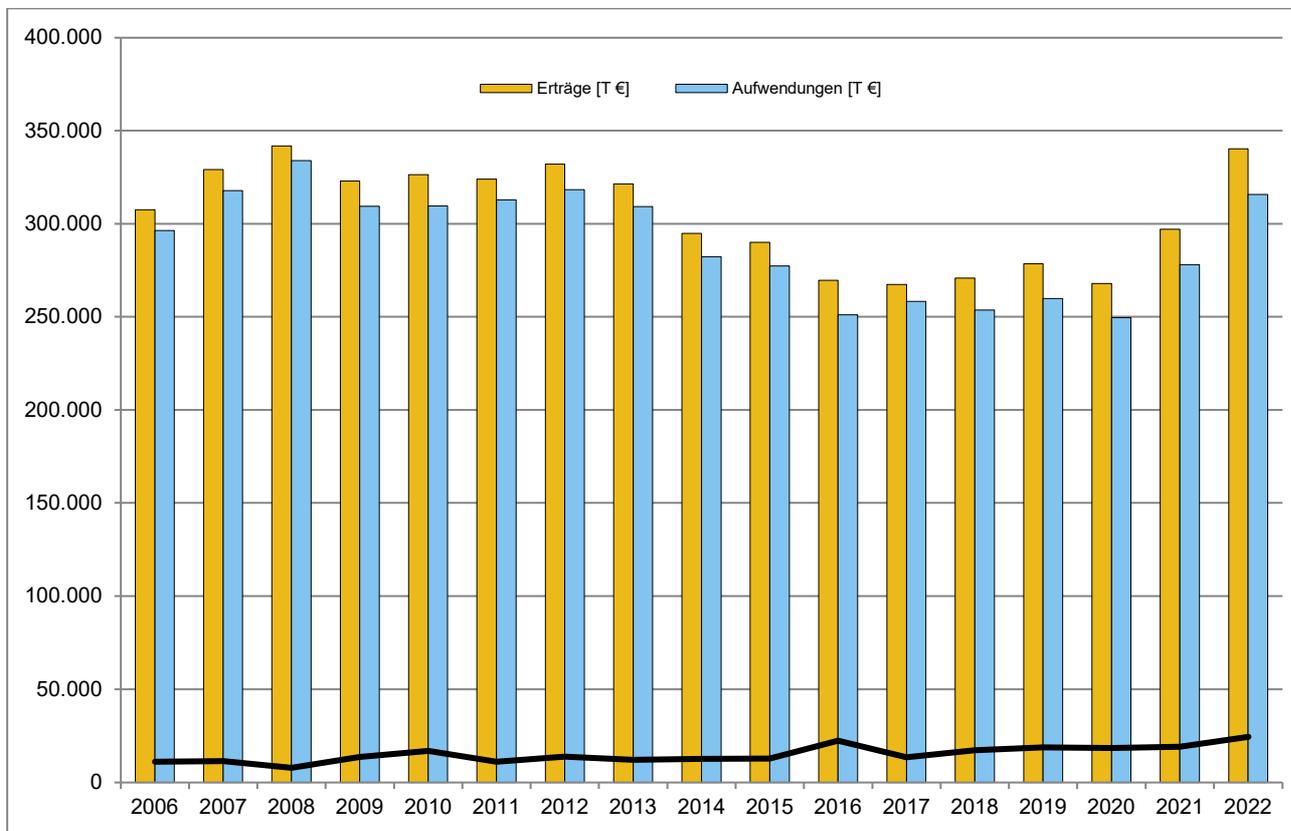
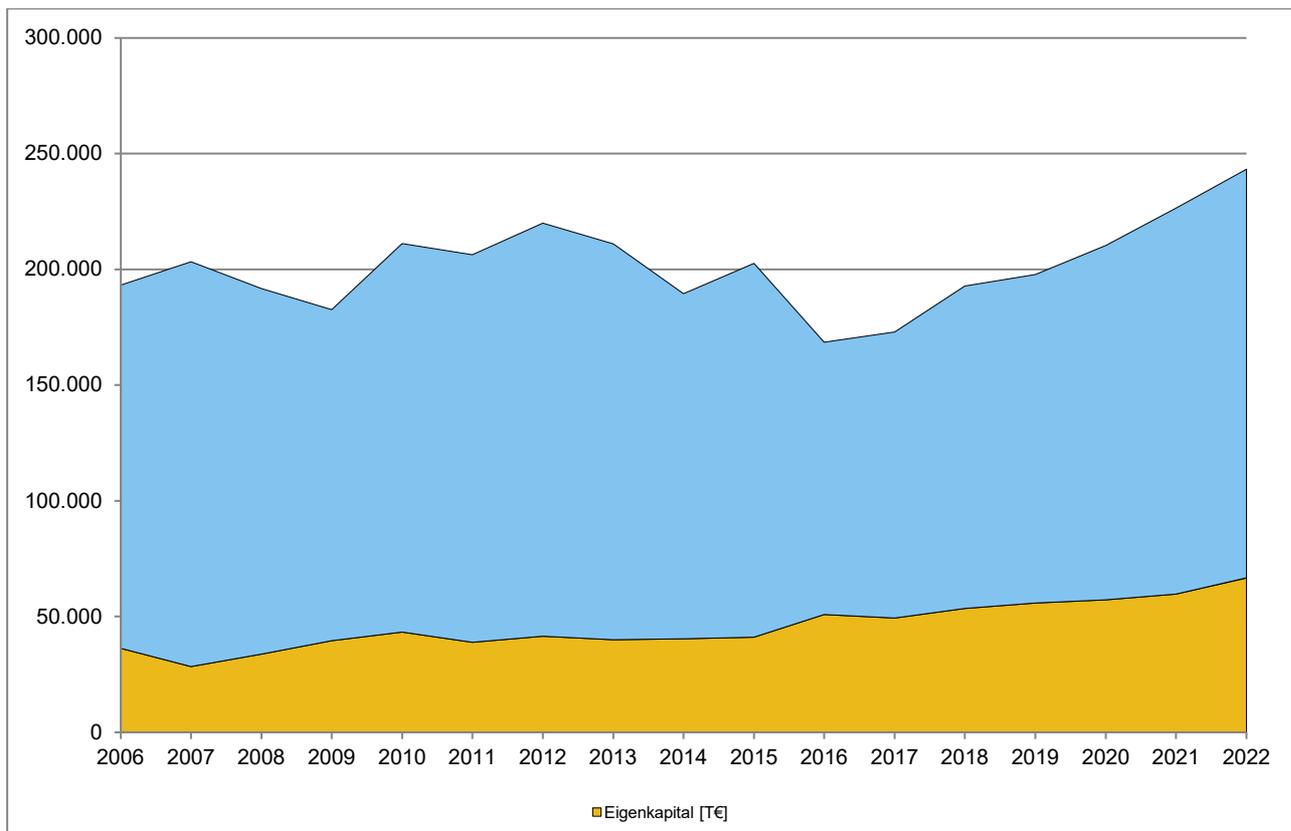
Gesellschafterversammlung:

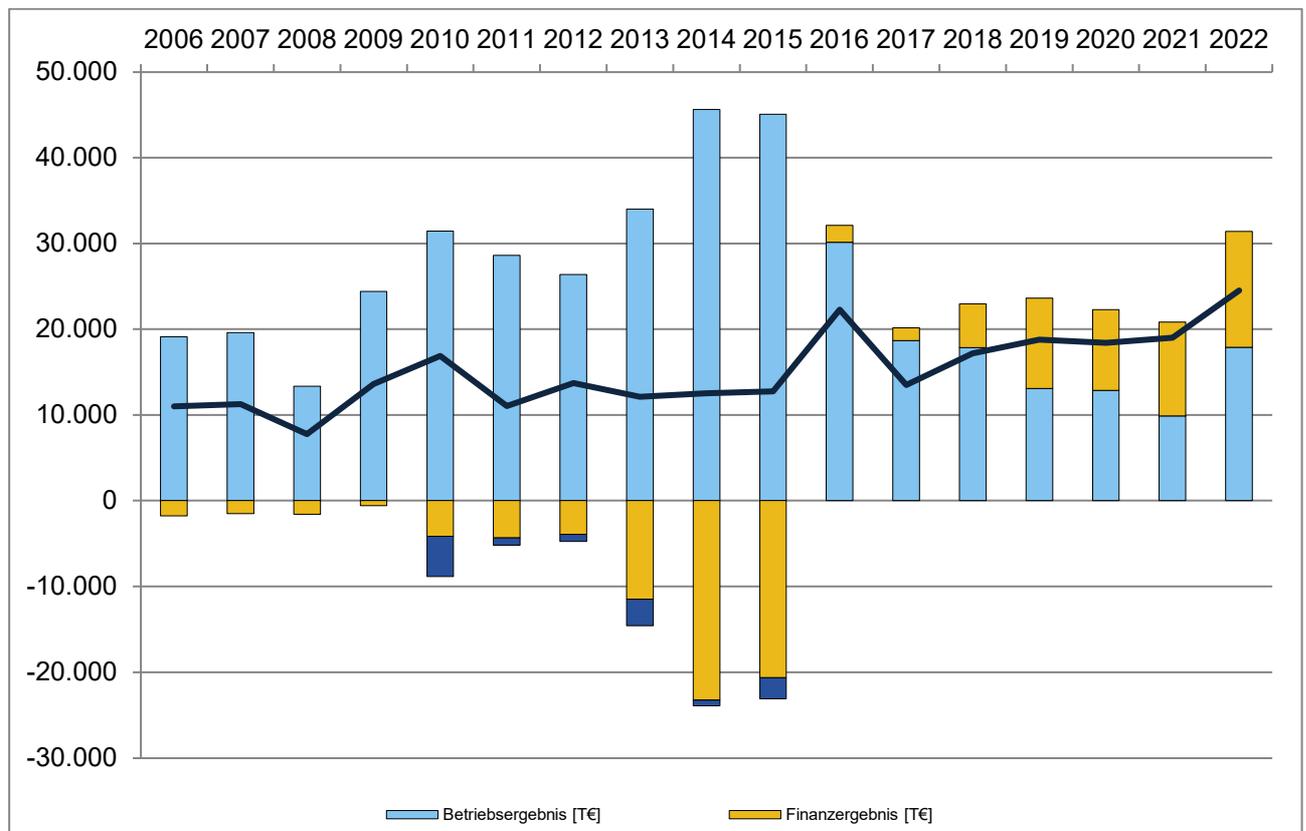
Name	Personenkreis	Mitglied seit	Mitglied bis
Schavier, Karl	Kreistagsmitglied	01.10.1999	25.11.2022
Schoeller, Maria	Kreistagsmitglied	28.03.2023	
Spelthahn, Wolfgang	Landrat	02.02.2004	

h) Personalbestand

Zum 31.12.2022 waren 256 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig.

i) Kennzahlen





Kennzahlen	2020	2021	2022	Veränderung
Eigenkapitalquote	27,19%	24,66%	575,09%	550,43%
Eigenkapitalrentabilität	32,15%	31,82%	78,70%	46,88%
Anlagendeckungsgrad 2	60,35%	56,05%	-47,41%	-103,46%
Verschuldungsgrad	266,29%	277,84%	135,23%	-142,60%
Umsatzrentabilität	5,11%	3,57%	17,50%	13,93%